

Antrag

der Abg. Guido Wolf und Dr. Albrecht Schütte u. a. CDU

Homeoffice und Desk-Sharing in den Ministerien des Landes

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche landesweit geltenden gesetzlichen, tariflichen, dienstrechtlichen oder sonstigen Vorgaben und Rahmenregelungen für Homeoffice, Telearbeit und mobiles Arbeiten für die Beschäftigten der Ministerien des Landes bestehen;
2. welche Dienstvereinbarungen, Verwaltungsvorschriften, internen Regelungen oder sonstigen Vorgaben in den einzelnen Ministerien für Homeoffice, Telearbeit und mobiles Arbeiten gelten, unter Darstellung wesentlicher Unterschiede zwischen den Ressorts;
3. in welchem zeitlichen Umfang Beschäftigte der einzelnen Ministerien grundsätzlich im Homeoffice bzw. mobil arbeiten können, insbesondere hinsichtlich etwaiger Höchstgrenzen an Tagen pro Woche oder Monat;
4. von welchen Voraussetzungen die Inanspruchnahme von Homeoffice bzw. mobilem Arbeiten in den einzelnen Ministerien abhängig gemacht wird, insbesondere hinsichtlich Tätigkeit, Funktion, dienstlicher Belange, Anwesenheitserfordernissen und Zustimmung von Vorgesetzten;
5. welcher Anteil der Beschäftigten der einzelnen Ministerien derzeit grundsätzlich zur Nutzung von Homeoffice bzw. mobilem Arbeiten berechtigt ist, unter zusätzlicher Angabe der jeweiligen Beschäftigtenzahl;
6. in welchem Umfang die Möglichkeiten des Homeoffice bzw. mobilen Arbeitens in den einzelnen Ministerien tatsächlich in Anspruch genommen werden, möglichst unter Angabe der durchschnittlichen Zahl der außerhalb der Dienststelle geleisteten Arbeitstage je Beschäftigtem und differenziert nach Ressorts;
7. wie sich die tatsächliche Inanspruchnahme von Homeoffice bzw. mobilem Arbeiten in den einzelnen Ministerien seit 2019 entwickelt hat;
8. wie die einzelnen Ministerien die bisherigen Erfahrungen mit Homeoffice bzw. mobilem Arbeiten bewerten, insbesondere hinsichtlich Arbeitsproduktivität, Zusammenarbeit, Führung, Kommunikation, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Attraktivität des Landes als Arbeitgeber;
9. welche Nachteile, Herausforderungen oder Fehlentwicklungen die einzelnen Ministerien im Zusammenhang mit Homeoffice bzw. mobilem Arbeiten festgestellt haben;
10. in welchen Ministerien oder nachgeordneten beziehungsweise zugeordneten Dienststellen bereits Desk-Sharing-Modelle oder andere Konzepte einer flexiblen beziehungsweise nicht personenbezogenen Nutzung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden, jeweils unter Angabe des Umfangs und der zugrunde gelegten Arbeitsplatzquote;

11. in welchen Ministerien die Einführung oder Ausweitung von Desk-Sharing-Modellen derzeit geplant oder geprüft wird, unter Darstellung der den jeweiligen Überlegungen zugrunde liegenden Kriterien;
12. inwieweit die tatsächliche Nutzung von Homeoffice bzw. mobilem Arbeiten bei der Bemessung des Büro- und Arbeitsplatzbedarfs der einzelnen Ministerien berücksichtigt wird;
13. in welchem Umfang durch Homeoffice, mobiles Arbeiten und/oder Desk-Sharing in den einzelnen Ministerien bereits Büroflächen beziehungsweise feste Arbeitsplätze reduziert, aufgegeben oder einer anderen Nutzung zugeführt werden konnten;
14. welches Einsparpotenzial hinsichtlich Büroflächen, Miet-, Betriebs- und Bewirtschaftungskosten die Landesregierung durch eine stärkere Verknüpfung von Homeoffice beziehungsweise mobilem Arbeiten mit Desk-Sharing-Konzepten sieht;
15. inwieweit sie eine ressortübergreifende Strategie verfolgt oder zu entwickeln beabsichtigt, um Homeoffice, mobiles Arbeiten, Desk-Sharing und die Bewirtschaftung der Büro- und Verwaltungsflächen künftig stärker aufeinander abzustimmen.

9.10.2026

Wolf, Dr. Schütte, Prof. Bruns, Prof. Reinhart, Rommelspacher, Schebesta, Dr. Schneider CDU

Begründung

Homeoffice und mobiles Arbeiten haben sich in den vergangenen Jahren als feste Bestandteile moderner Arbeitsorganisation etabliert. Zugleich stellt sich die Frage, inwieweit die veränderte Nutzung von Büroarbeitsplätzen Auswirkungen auf den Flächenbedarf der Landesverwaltung hat und durch Desk-Sharing oder vergleichbare Modelle Effizienz- und Einsparpotenziale gehoben werden können. Der Antrag soll daher einen Überblick über die geltenden Regelungen, die tatsächliche Inanspruchnahme sowie die organisatorischen und liegenschaftlichen Folgen in den einzelnen Ministerien geben.